



# Rechtsextremismus - die Bundespolitik muss endlich aufwachen

**Rede von Petra Pau, 11. September 2014**

1. Am kommenden Sonntag wird es in Berlin eine Kundgebung geben – eine beeindruckende, so hoffe ich. Ihr Motto: „Steh auf! Nie wieder Judenhass!“ Anlässe dafür gibt es leider viele, zu viele.

Ich gehe davon aus, dass sich etliche von uns dort treffen werden,  
über alle Fraktionsgrenzen hinweg.

Denn der gemeinsame Kampf aller Demokratinnen und Demokraten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus hat nur eine Chance, wenn er nicht parteipolitisch missbraucht wird.

2. Das war übrigens auch das Grundverständnis im Untersuchungsausschuss des Bundestages zur NSU-Nazi-Mordserie und zum Staatsversagen.

Entsprechend einhellig wurde auch der Abschlussbericht mit rund 50 konkreten

Schlussfolgerungen getragen.

Eine Schlussfolgerung hieß: Die Förderung von Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist unzureichend.

Also steht die Frage, ob der aktuelle Haushaltsansatz Besserung in Aussicht stellt. Und da sage ich für DIE LINKE: leider Nein!

3. Grob gesagt gab es im NSU-Untersuchungsausschuss drei Kritiken:

Erstens: Die Fördermittel für Initiativen gegen Rechtsextremismus und für Opferberatung sind zu gering, allemal in den westlichen Bundesländern. Das ist kurzsichtig.

Zweitens: Rechtsextremismus und Rassismus sind ein Dauerproblem. Initiativen dagegen werden aber nur kurzatmig unterstützt. Das ist unangemessen.

Drittens: Die sogenannte „Extremismus-Klausel“ stellt Demokratie-Initiativen unter einen Generalverdacht verfassungsfeindlich zu sein. Das ist kontraproduktiv.

4. Welche Antworten darauf bietet nun der aktuelle Haushaltsplan.

Erstens:  
Im Wahlkampf 2013 hatte die SPD 70 Millionen pro Jahr gefordert. Geblieben sind im aktuellen Finanzplan 30 Millionen Euro.

Da diese 30 Millionen zudem mehr Initiativen zugutekommen sollen, allemal in den West-

Bundesländern, bedeutet das unter dem Strich:  
Minus statt Plus.

DIE LINKE bleibt dabei: Vonnöten sind  
mindestens 50 Millionen Euro.

Zweitens:

Die gesellschaftlichen Initiativen gegen  
Rechtsextremismus, Rassismus und  
Antisemitismus werden weiterhin zum Hecheln  
genötigt.

Wieder und wieder müssen sie bürokratisch ihre  
Berechtigung nachweisen. Das klaut ihnen Zeit  
und verplempert Kompetenz.

Vor Jahren hatte Wolfgang Thierse alternativ für  
ein Stiftungsmodell plädiert. Diese gute Idee ist  
wieder weg. DIE LINKE bleibt ihr treu.

Drittens:

Es gibt einen künstlichen Dauerstreit, welche  
Extremisten gefährlicher seien. Die SPD sagt, die  
von rechts, die Union kontert, die von links.

Nun haben Medien berichtet, die Innenminister-  
Konferenz habe eine Studie über  
„Linksextremismus“ in Auftrag gegeben.

Ergo hat die Links-Fraktion gefragt: Was soll  
untersucht werden? Welche Anhaltspunkte gibt  
es? Welche Fragen wurden gestellt? Welchen  
Anteil und welche Erwartungen hat an alledem  
die Bundesregierung?

Die schriftliche Antwort des Innenministeriums  
darauf lautet:

Das alles sei streng geheim, nix für  
Abgeordnete.

Ich finde das nicht geheimnisvoll, sondern weltfremd und arrogant.

5. Abschließend:

Zur Erinnerung: Heute – exakt vor 14 Jahren – wurde Enver Şimşek hingerichtet. Er war das erste NSU-Opfer.

Überhaupt erleben wir seit längerem einen gesellschaftlichen Rechtsruck.

Wissenschaftler haben ihn mehrfach vorausgesagt.

Es ist daher höchste Zeit, dass die Bundespolitik endlich aufwacht.

\* \* \*